

Kriegsgefahr durch Klimawandel und Energieverknappung Friedenssicherung durch Energierevolution und Klimapakt

Die Menschheitsgeschichte ist eine Geschichte von Kriegen. Der Kampf um Macht, Einfluss, Land, Religion und Ehre haben Gewalt und Gegengewalt ausgelöst. Die Liste der Gründe und Scheingründe für die Kriegführung ist lang. In dieser Hinsicht hat sich die Menschheit kaum weiterentwickelt. Als Fortschritt kann gewertet werden, dass es heute zumindest größere Regionen gibt, in denen ein relativ stabiler Frieden herrscht. Dies schließt aber nicht aus, dass Länder dieser Regionen aktiv oder passiv an Kriegen beteiligt sind. Nicht selten ist der Verkauf von Waffen ein wichtiger Wirtschaftszweig von kriegsfreien Staaten. Wenn sich also die Friedensliebe in den Jahrhunderten nur partiell fortentwickelt hat, so ist die Entwicklung von Kriegsausrüstung und Waffen umso sprunghafter vonstatten gegangen. Heute haben wir es mit einer Hightech-Tötungsmaschinerie zu tun. Anders formuliert: Den Menschen ist es gelungen immer komplexere Maschinen, Gerätschaften und Stoffe zu entwerfen und herzustellen. Doch die Moralvorstellungen und eine vorausschauende Intelligenz, haben mit dem Tempo nicht Schritt halten können. Diese Diskrepanz ist gerade in den Bereichen Atomenergie, Gentechnologie und der Konstruktion von (Atom-) Waffen fatal.

Der Schmierstoff der Wirtschaft wird knapp

Bestimmte Kriegsgründe haben im Laufe der letzten Jahrhunderte und Jahrzehnte an Bedeutung verloren oder existieren kaum noch. Doch dafür sind neue hinzugekommen, die in Zukunft für die meisten Kriege und Konflikte mitverantwortlich sein werden: Der Kampf um Energie, um knapper werdende natürliche Ressourcen und um Trinkwasser. Zudem wird der Klimawandel die weltweiten Konfliktsituationen verschärfen und neue schaffen. *„Die Menschheit befindet sich auf einem gefährlichen Weg: Bis an die Grenze belastete Ökosysteme, extreme Machtungleichgewichte, immer größere Unterschiede zwischen Arm und Reich, ein rasant wachsendes Wachstum der Weltbevölkerung, Hass und Terror“*, so beurteilt das Club of Rome Mitglied Franz Josef Radermacher¹ die globale Situation sehr treffend. Schon länger verschärft sich die Situation bezüglich der Energieressourcen, weil die Vorkommen in den Industrieländern versiegen und die verbleibenden großen Reservoirs sich auf wenige Regionen reduzieren. Mittlerweile ist nicht mehr zu kaschieren, dass der Schmierstoff der Weltwirtschaft insgesamt knapp wird. Die Vorkommen von Öl und Gas gehen zur Neige und der zunehmende Energiehunger kann nicht mehr durch eine steigende Förderung befriedigt werden. Der rapide Anstieg der Energiepreise ist nur ein müder Vorbote von dem, was uns erwartet, wenn die fossilen Energieressourcen wirklich knapp werden.

Kriege und Machtkampf ums Öl

Dass der Irakkrieg nicht wegen der Menschenrechte, sondern neben anderen strategischen Gründen vor allem wegen des Öls geführt wurde, ist ein offenes Geheimnis. Schon den Golfkrieg hätte es nicht gegeben, wenn Kuwait statt mit Öl,

¹ Mitgründer der weltweiten Global Marshall Plan Initiative

mit vielen Dattelpalmen gesegnet wäre. Solche Krisensituationen machen sich Ölkartelle und fossile Energieunternehmen zunutze, um ihre Preise nach oben zu schrauben und so die Gewinnmarge weiter zu vergrößern. Sie haben deshalb kein Interesse daran, dass sich die Situation entspannt. Aus ihrer Sicht darf die Abhängigkeit der Wirtschaft und eines großen Teils der Weltbevölkerung vom Öl und Gas natürlich auf keinen Fall verringert werden. Die Strategien „Weg vom Öl“, Ausbau von Erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz werden deshalb sehr stark bekämpft. International und auf vielen nationalen Ebenen hat sich ein undurchsichtiges Machtgefüge von Energiewirtschaft, Lobbyisten, Politikern, Medien und einigen anderen Industriezweigen etabliert, das ein Umdenken lange erfolgreich verhindern konnte. Es ist mitverantwortlich dafür, dass es solange gelungen ist, den Klimawandel zu leugnen, klein zu reden oder ihn zumindest nicht aktiv zu bekämpfen.

Die US-Regierung ist dabei das erschreckendste Beispiel. Präsident George W. Bush war Manager verschiedener Ölfirmen, bevor er in die Politik wechselte. Sein Vizepräsident Dick Cheney ist ehemaliger Chef des Öldienstleistungsunternehmens Halliburton. Außenministerin Condolezza Rice saß zuvor im Aufsichtsrat des Ölkonzerns Chevron. Bush' ehemaliger Handelsminister Donald Evans war Präsident der Erdölgesellschaft Tom Brown. Diese Liste ließe sich für die zweite Reihe der Regierung, für den Kongress und den Senat fortsetzen. Es versteht sich von selbst, dass die Wahlkampfhilfen der fossilen Energielobby für Bush und Co sehr üppig flossen. Im kleineren Stil haben sich ebenso in anderen Ländern Machtzentren etabliert, welche die Politik zumindest mitbestimmen.

Auch die Sicherung und der Handel mit Gas laufen nicht konfliktfrei ab. Die verbleibenden großen Gasvorkommen sind ebenfalls auf wenige Regionen begrenzt. Dies hat zur Folge, dass z. B. Russland mit seinen großen Gasreserven ein riesiges Machtmittel in den Händen hält. Ein Machtmittel, welches man politisch einsetzen, welches man als Druckmittel benutzen und welches man zu immer höheren Preisen verkaufen kann. Dies sorgt für Konflikte. Es ist allerdings relativ unwahrscheinlich, dass „nach Gas lechzende“ Staaten wichtige gasexportierende Länder - wie vor allem Russland - wegen der dortigen Energiequellen angreifen.

Die Wurzel des Dafurkonflikts ist die Erderwärmung;

Dafür zeigt, warum die Klimaerwärmung zu einer immer wichtiger werdenden Ursache für Kriege und Konflikte wird. Oberflächlich betrachtet handelt es sich bei diesem Krieg, in dem schon über 200.000 Menschen bereits ihr Leben lassen mussten, um einen ethnischen Konflikt, in dem arabische Milizen gegen schwarze Rebellen und Bauern kämpfen. Schaut man jedoch etwas genauer hin, so ist das Problem etwas komplexer. Neben sozialen und politischen Ursachen ist der Konflikt hauptsächlich durch eine ökologische Krise entstanden, die direkt mit dem Klimawandel zusammenhängt. Vor bereits zwanzig Jahren gingen die Regenfälle in der betroffenen Region zurück. Zunächst ging man von einer Laune der Natur aus, die nicht völlig ungewöhnlich wäre. Aber der Regen kam auch nach vielen Jahren nicht zurück. Wissenschaftler fanden unterdessen heraus, dass der Rückgang der Regenfälle um über 40 Prozent mit dem Anstieg der Wassertemperaturen im indischen Ozean einherging. Diese wiederum gehen auf das Konto des globalen Klimawandels. Die gestiegenen Wassertemperaturen führten zu einer Störung des jahreszeitlichen Monsuns, der das Land immer recht zuverlässig mit Wasser

versorgte. Je mehr Forschungsergebnisse dies bestätigen (Anm.: Geheimnisse kommen ans Licht), desto weniger lässt sich noch leugnen, dass die Austrocknung in Afrika südlich der Sahara auf das Konto der menschlich verursachten Erderwärmung geht. Die Afrikaner, die selber nicht zur Klimaerwärmung beigetragen haben, werden so zu den frühen Opfern des Wachstumshungers der Industriestaaten. Es ist kein Zufall, dass die Gewalt in Dafur inmitten der zunehmenden Dürre ausbrach. Vorher sind die sesshaften Bauern und arabischen Wanderhirten friedlich miteinander ausgekommen und haben sich aus den gleichen Brunnen bedient. Als das Wasser aber knapper wurde, zäunten die Bauern ihre Länder ein und schnitten damit die Hirten von der Wasserversorgung ab. Dies war der Ausgangspunkte für die sich ausbreitenden Konflikte, die in einen blutigen Krieg mündeten. Dafur ist kein Einzelfall mehr. Es lässt sich zwar oft schwierig genau erklären, welches nun die Hauptursache für einen Konflikt ist, aber Energiehunger und Erderwärmung spielen bei den Motiven eine immer größere Rolle.

An dem Beispiel Dafur erkennt man aber nicht nur den Zusammenhang von Klimawandel und steigender Kriegsgefahr, sondern auch, wie hilflos die Weltgemeinschaft auf solche Konflikte reagiert – besonders wenn einzelne Mitglieder des UN-Sicherheitsrats ihre eigenen Rohstoffinteressen verfolgen. So hat China ein enormes Interesse an den sudanesischen Ölressourcen und der weiterhin ungebrochenen Öllieferung aus dem Sudan und blockiert deshalb seit Jahren Resolutionen und mögliche Reaktionen der Weltgemeinschaft. Der durch fossile Energien forcierte Klimawandel sorgt für die Entstehung und Verschärfung von Konflikten und Bürgerkriegen; die geopolitischen Machtspiele um die letzten fossilen Ressourcen verhindert deren Lösung oder zumindest Eindämmung.

Militärstrategen erkennen Gefahrenpotentiale

Laut UN-Umweltbehörde sterben jedes Jahr drei Millionen Menschen an den Folgen von verschmutztem Wasser. 850 Millionen Menschen sind unterernährt. In Afrika werden die zunehmenden Dürren die Ströme von afrikanischen Umwelt- und Klimaflüchtlingen verstärken. Die Erderwärmung lässt weltweit die Gletscher schmelzen. Dies wird sich überall dort katastrophal auswirken, wo die Menschen von dem Wasser der Gletscher leben. Rund um das Himalajagebirge sind beispielsweise 500 Millionen Asiaten davon betroffen. Diese Situation wird öffentlich kaum diskutiert, beschäftigt aber immer stärker das Militär vieler Länder. So schlagen Experten des US-Verteidigungsministeriums Alarm. Die Wasserversorgung in weiten Teilen Asiens könnte sich *„dramatisch reduzieren“* mit *„destabilisierenden Folgen“* für die dortige Innen- und Außenpolitik. Die nuklear bewaffneten Erzfeinde Indien und Pakistan betrachten die Kontrolle über das Wasser des Indus schon lange als strategische Angelegenheit. Das britische Verteidigungsministerium hat in einem Strategiebericht dargelegt, dass *„China, das heute schon mit Wasserknappheit und -verseuchung zu kämpfen hat, möglicherweise versuchen könnte, Flüsse umzuleiten, die ins benachbarte Indien fließen.“* Ein deutlicher Anstieg des schon bestehenden Konfliktpotentials wäre absehbar. In Bangladesch werden ebenfalls Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, wenn der Meeresspiegel weiter ansteigt. Die Flüchtlinge werden kaum an Landesgrenzen halt machen. Es ist aber auch nicht zu erwarten, dass die

weitestgehend verschonten Länder ihre Pforten bereitwillig öffnen, ihren Lebensraum und ihre Rohstoffe mit den Flüchtlingen teilen.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) hat in seiner Studie "Sicherheitsrisiko Klimawandel" im Juni 2007 dargelegt, dass die Erderwärmung zu "innerstaatlichen Zerfalls- und Destabilisierungsprozessen" an etlichen Brennpunkten der Welt führen wird. Noch drastischer formulierte es das Center for a New American Security: *"Der Kollaps und das Chaos, das mit extremen Klimaveränderungen einhergeht, destabilisiert praktisch alle Aspekte des modernen Lebens."* Im Pentagon wurde der Terrorismus als Sicherheitsrisiko Nummer 1 vom Klimawandel und der Energieverknappung abgelöst. Insgesamt haben die Diskussionen über den Klimawandel und die vielen Studien in den letzten Jahren einen riesigen Erkenntnisgewinn gebracht. Langsam bringen die Debatten über die Erwärmung auch die Sicherheitsdiskussionen der Militärstrategen an die Öffentlichkeit. Es ist zu einem Thema geworden, dass viele bisherige Strategien und Einschätzungen über den Haufen wirft.

Wachsende Erkenntnis, verschärfte Lage

Die wachsende globale Erkenntnis über die Folgen der Klimaerwärmung ist allerdings ein zweischneidiges Schwert. Es ergibt sich daraus die Hoffnung, dass die Weltgemeinschaft doch noch erwacht und gemeinsam den Ausstoß der Treibhausgase reduzieren wird. Wenn man allerdings die bisherigen menschlichen Reaktionen auf solche Probleme dem zukünftigen Verhalten zu Grunde legt, so verdüstert sich die Aussicht.

Zunehmende Dürren, Stürme, Überflutungen mit wachsender Wucht werden vor allem die armen Regionen dieser Welt heimsuchen und damit gerade dort die häufig sowieso schon wenig stabilen Verhältnisse noch mehr zerrütten. Die oben beschriebenen Destabilisierungsprozesse würden in Gang gesetzt. Halbherzige Klimaschutzmaßnahmen werden wie Beruhigungspillen wirken und den einsetzenden Prozess höchstens ein wenig abschwächen können. So aber würden die Destabilisierung, die sich verschärfende Verknappung der Ressourcen und die wachsenden Flüchtlingsströme eher dazu führen, dass die Industrieländer, ihr Militär mehr und mehr dafür einsetzen, Energiere Ressourcen zu sichern (bereits 1999 hat das US-Energieministerium ermittelt, dass die Einberechnung der Militärkosten der USA für die Sicherung der Lieferrouen der Öltanker zu einem realen Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel führen würde). Der eigene Wohlstand müsste verteidigt und die eigenen Grenzen abgeschottet werden. zeigen. Bereits heute gehen nicht unerhebliche Anteile dieser Flüchtlingsströme nicht auf Kriege, Konflikte oder wirtschaftliche Verwerfungen zurück, sondern auf die Auswirkungen von Umwelt- und Klimaveränderungen. Und der Anteil der Umweltflüchtlinge wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter erhöhen. Doch die Spirale aus Migrationsdruck und Abschottungsmaßnahmen würden auch die reichen Industriestaaten nicht aufrechterhalten können. Zunehmende Kostenexplosionen in den Sicherheits- und Militäretats sowie Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrechte entziehen einer solchen Politik jegliche wirtschaftliche und moralische Basis. Vielmehr muss die Politik diese Aufwärtsspirale beenden und in eine nachhaltige, ökologische und friedliche Entwicklung investieren.

Ökonomen rechnen damit, dass die Staaten 2040-2050 jährlich 5-20% des Bruttoinlandproduktes für die Folgen der Erwärmung aufwenden müssten, wenn sie nicht heute schon stärker in den Klimaschutz investieren. Hinzu kommen dann noch die steigenden Kosten des Militäretats. Beides wird zu hohen sozialen Verwerfungen führen, da diese Gelder erfahrungsgemäß nicht von den gutsituierten Bevölkerungsgruppen eingezogen würden. Eher ist davon auszugehen, dass die Finanzmittel durch höhere Steuern und durch Streichungen im Sozial- und Bildungsbudgets zusammengebracht werden.

Energierévolution und Klimapakt!

Noch liegt es in unserer Hand einen alternativen Weg einzuschlagen. Es gibt eine Möglichkeit, die das Konflikt- und Kriegspotential am Ende sogar vermindern könnte. Dazu wäre aber mehr notwendig, als auf das Klimaschutzabkommen Kyoto und eventuelle Nachfolgeabkommen zu setzen und die vorherrschenden Energiesysteme nur zu modifizieren. Wirkliche Abhilfe könnte nur mit drastischen Maßnahmen, mit einer regelrechten Energierévolution geschaffen werden. Zudem wäre ein Klimaschutzsystem von Nöten, was „Abweichler“ empfindlich sanktioniert und welches einen Ausgleich zwischen Hauptverursachern und Hauptopfern schafft.

Über die Energierévolution gibt es gute Bücher, deren Inhalt hier nicht wiederholt werden soll.² Das Grundsystem kann aber in einigen Sätzen erklärt werden. Wir müssen so schnell wie möglich unsere Energiesysteme dezentralisieren und unsere Energieimportabhängigkeiten und die Energieverschwendung reduzieren. Der Energiemix der Zukunft darf keine Kombination zwischen aus Atom, Kohle, Gas und Erneuerbarer Energie, sondern ausschließlich ein Zusammenspiel der verschiedenen erneuerbaren Energiequellen sein. Der erneuerbare Energiemix sollte sich nach den regionalen Begebenheiten richten. Alle erforderliche Energie würde somit vorrangig aus heimischen Quellen bereitgestellt werden und im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen. Diese radikale Umstellung auf eine erneuerbare Energiewirtschaft, würde neben den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen, auch einen friedenspolitischen Beitrag leisten. Kriege und Konflikte um Energie würden überflüssig. Je besser und stärker die heimischen erneuerbaren Quellen genutzt würden, desto weniger müsste man um Energie kämpfen und desto weniger Treibhausgase würde man dem Klima zumuten. Zudem stehen diese Quellen auch den armen Ländern zur Verfügung. Natürlich ginge ein solcher Übergang nicht von Heute auf Morgen. Natürlich sind noch nicht alle technischen Möglichkeiten vollständig ausgereizt. Gerade deshalb muss man so schnell und so intensiv wie möglich die Entwicklung zu einer solchen effizienten solaren Weltwirtschaft in Gang setzen und befördern.

Kombiniert werden müsste der skizzierte Weg mit einem Klimapakt, der die Emission von Treibhausgasen stark begrenzt und die Erderwärmung noch im Rahmen halten kann. Dafür ist es allerdings notwendig, alle Staaten mit ins Boot zu holen. Es ist zynisch, dass wir von den armen Ländern verlangen, jetzt mit dem Klimaschutz zu beginnen, ohne dass die „Hauptverschmutzer“ eine nachweisbare

² Siehe dazu beispielsweise: Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft; Scheer: Energieautonomie; Union of Concerned Scientists, EREC/Greenpeace-Studie; Peter Hennicke / Michael Müller: Weltmacht Energie

Vorleistung erbracht haben. Realität ist doch, dass die Industrieländer für einen Großteil der Erwärmung verantwortlich und die Hauptopfer zunächst vor allem in den ärmeren Regionen zu finden sind. Wir brauchen also ein Klimaregime, in dem wir eine Vorreiterrolle einnehmen, damit auch die anderen Länder erkennen, dass wirtschaftliche Entwicklung auch ohne steigenden Treibhausgasausstoß zu realisieren ist. Durch die Festlegung eines Prokopf-Emissionswertes könnte man eine gerechte Verteilung erreichen. Die Bevölkerung von armen Ländern würde meist unter diesen Werten, die Bevölkerung der Industrieländer in der Regel darüber liegen. In einem dazu eingesetzten Emissionshandel müssten dann Zertifikate für den Ausstoß von Treibhausgasen ge- und verkauft werden. Wer mehr verbraucht muss einkaufen. Dies kommt dem zugute, der weniger verbraucht und somit verkaufen kann. Ein großer Umverteilungsprozess würde so in die Wege geleitet werden. Dann müsste man in einem Stufenplan die Gesamtemission nach unten drücken, so dass wir immer stärker das Klima entlasten. Das bedeutet, dass mittel- oder langfristig auch die ärmeren Länder nur noch profitieren, wenn ihre Emissionen nicht stetig anwachsen, wenn auch sie den Energiebedarf ihrer wachsenden Wirtschaft zunehmend durch Erneuerbare Energiequellen decken. Natürlich ist dies nur ein grobes Konzept, welches für eine praktische Anwendung noch sehr stark ausdifferenziert werden müsste. Aber es ist denkbar und findet gerade in Expertendiskussionen einen immer größeren Widerhall.

Wichtig ist, Klimapakt und Energierevolution zu verknüpfen. Nur dann kann eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung eingeleitet werden.

Die technische und praktische Umsetzung ist möglich und daher eher das kleinere Problem eines solchen Vorhabens. Schwieriger wird es sein, es durchzusetzen. Zu viele sind noch zu ahnungslos, wissen noch nicht, was auf sie zu kommt und sehen deshalb noch nicht die Notwendigkeit zu solch drastischen Handlungen. Vielen ist das Hemd näher als die Weste und sie denken nicht nachhaltig. Zudem wird das beschriebene Machtgeflecht von Unternehmen, Politikern und Journalisten mit allem möglichen Mitteln dagegenhalten. Es wird aber auch ein Umdenken stattfinden, welches seine Wirkung auf dieses Machtgeflecht nicht verfehlen wird.

Vieles ist denkbar, wenn der Druck stark genug wird. Druck, der immer mehr auch von der Bevölkerung ausgehen muss. Noch kann die Menschheit beweisen, dass sie sich doch auch moralisch weiterentwickeln kann, dass sie lernt nachhaltig zu denken und in der Lage ist, gemeinsam die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts anzugehen. Dann würde ein Kapitel der Menschheitsgeschichte geschrieben werden, was uns doch noch alle überraschen könnte